



FMSG Jahresbericht 2016
gemäß §13 Abs 10 FMABG

Inhalt

Management Summary	3
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen	4
Entwicklung des Bankensektors	4
Entwicklung des Versicherungssektors	11
Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen	15
Entwicklung des Wertpapiersektors	15
Tätigkeitsbericht	18
Über das FMSG	22
Aufgaben des FMSG	22
Mitglieder des FMSG	23

Management Summary

Im Zentrum der Arbeit des Gremiums standen im letzten Jahr mögliche systemische Risiken aus der Immobilienfinanzierung. Auf Basis von Analysen der OeNB wurde im Frühling ein Hinweis an den Bundesminister für Finanzen zur Schaffung neuer Instrumente gerichtet. Das FMSG sieht die präventive Erweiterung des makroprudenziellen Instrumentenkastens wie Begrenzungen der Beleihungsquote, der Verschuldungsquote oder der Schuldendienstquote bei Neuvergabe von Krediten als notwendig an, um bei einem mit systemischen Risiken behafteten Immobilienpreisboom handlungsfähig zu sein.

Ergänzend veröffentlichte das Gremium im Herbst Kriterien zur nachhaltigen Kreditvergabe in der Immobilienfinanzierung, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden und Spekulationen im Bereich Wohnimmobilienfinanzierung hintanzuhalten. Angesichts der aktuellen Phase des Immobilienpreis- und Kreditzyklus werden die jüngst gesetzten Maßnahmen als adäquat angesehen, um der Entstehung von Systemrisiken entgegenzuwirken.

Das FMSG empfahl – auf Basis von OeNB-Vorschlägen – der FMA zudem, den Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva festzulegen. Diese Empfehlungen erfolgten quartalsweise und wurden von der FMA in der Kapitalpuffer-Verordnung umgesetzt.

Des Weiteren wurden insbesondere die Auswirkungen des derzeit vorherrschenden Niedrigzinsumfelds sowie systemische Risiken durch Versicherungen und andere Nichtbanken-Finanzintermediäre diskutiert. So hat das Gremium festgestellt, dass die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Gewinne der Banken nicht mit Instrumenten der makroprudenziellen Aufsicht gelöst werden können. Das Gremium hat zudem auf die Zinsänderungsrisiken für Kreditnehmer von variabel verzinsten Krediten hingewiesen.

In seiner Sitzung zum Jahresende überprüfte das FMSG in der jährlichen Evaluierung die makroprudenziellen Zwischenziele sowie die Effektivität der gesetzten Maßnahmen. Es sind keine Änderungen der Zwischenziele notwendig und die zahlreichen bisherigen Maßnahmen tragen zur Erreichung ebendieser bei.

Die Tätigkeit des Gremiums wird durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichungen von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

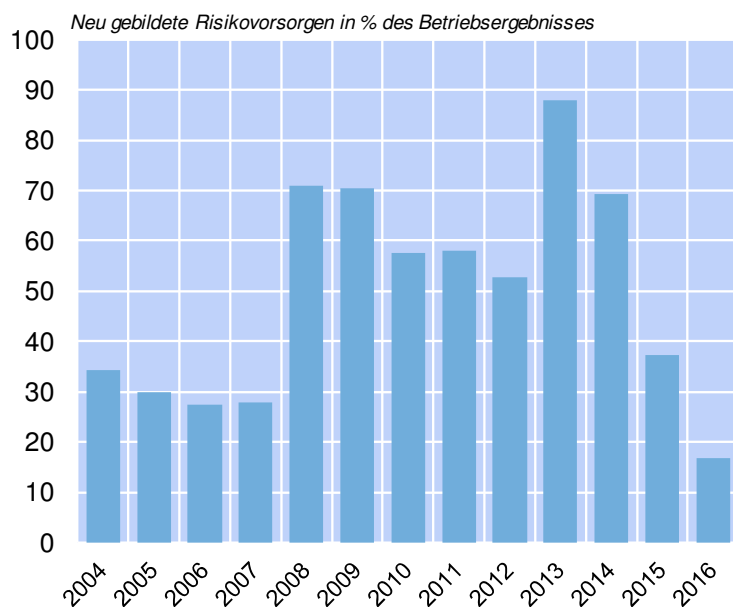
Entwicklung des Bankensektors

Operatives Ergebnis der österreichischen Banken unter Druck

Im Jahr 2016 war der europäische Bankensektor weiterhin mit einem schwachen Wirtschaftswachstum und extrem niedrigen Zinsen konfrontiert. In diesem herausfordernden Umfeld drückten notleidende Kredite und rückläufige Zinsmargen auf die Gewinne der Banken. Die österreichischen Banken haben ihren Reformprozess vorangetrieben, um die strukturelle Effizienz zu erhöhen.

Im Jahr 2016 lag der konsolidierte Gewinn der österreichischen Banken bei 4,8 Mrd EUR und somit 7% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Dieser Rückgang ist jedoch auf die Restrukturierung der UniCredit Bank Austria zurückzuführen;¹ das bereinigte konsolidierte Jahresergebnis konnte um 8% verbessert werden. Das entsprach einer bereinigten Gesamtkapitalrentabilität von 0,5%. Der bereinigte Anstieg des Jahresergebnisses war allerdings hauptsächlich auf eine signifikante Reduktion der Risikovorsorgen zurückzuführen, während das operative Ergebnis rückläufig war.

Risikovorsorgen der österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

Der bereinigte konsolidierte operative Gewinn der österreichischen Banken ging im Jahr 2016 um 16% zurück. Grund dafür waren sowohl rückläufige Erträge wie auch gestiegene Aufwendungen. Durch das Niedrigzinsumfeld blieb die wichtigste Ertragskomponente, das Nettozinsergebnis, auch im Jahr 2016 unter Druck (-3%). Auch das Provisionsergebnis fiel um 2%. Demgegenüber stieg das Handelsergebnis der Banken im Vergleich zum Vorjahr um 8%. Durch höhere Abschreibungen auf Vermögenswerte und leicht höhere Verwaltungsaufwendungen sind die Betriebsaufwendungen der

¹ Durch den Eigentumsübertrag der CESEE-Tochterbanken der UniCredit Bank Austria an die italienische UniCredit Group Anfang Oktober ist die Vergleichbarkeit der meisten Bilanz- und G&V-Positionen mit dem Vorjahreswerten begrenzt.

Banken weiter gestiegen. Zudem zahlen die Banken seit 2015 jährliche Beiträge in den Einlagensicherungsfonds und den Abwicklungsfonds ein.

Geringere Betriebserträge bei hohen Betriebsaufwendungen haben zu einer Verschlechterung der (unbereinigten) konsolidierten Aufwand-Ertrag-Relation geführt, welche sich von 63% im Jahr 2015 auf 74% erhöht hat. Sie lag damit auch deutlich über dem EU-Durchschnitt von 63% (im dritten Quartal 2016). Dieser Anstieg war allerdings zum Teil auch auf die Restrukturierung der UniCredit Bank Austria zurückzuführen, da die abgespaltenen CESEE-Tochterbanken deutlich effizienter waren und deren Wegfall somit einen Aufwärtsdruck auf diese Quote ausgelöst hat. Dadurch bleibt die Notwendigkeit von Effizienzsteigerungen bestehen. Einige strukturelle Reformmaßnahmen, wie der Zusammenschluss der Raiffeisen Zentralbank Österreich mit der Raiffeisen Bank International oder die allgemeine Reduktion der Bankstellen, wurden bereits durchgeführt bzw. eingeleitet, deren positive Effekte sind jedoch erst langfristig zu erwarten.

Der laufende Konsolidierungsprozess am heimischen Bankensektor ist wichtig für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt jedoch auch für den europäischen Bankensektor, wie der IWF in seinem Global Financial Stability Report von Oktober 2016 hervorgehoben hat. Darin empfiehlt der IWF unter anderem eine Erhöhung der Effizienz durch eine Rationalisierung des Filialnetzes. Dieser Prozess hat sich in Österreich im Jahr 2016 fortgesetzt. Die Anzahl an Kreditinstituten reduzierte sich auf 672, verglichen mit 739 Ende 2015 und 867 im Jahr 2008. Gleichzeitig reduzierte sich auch die konsolidierte Bilanzsumme von 1.176 Mrd EUR im Jahr 2008 auf 946 Mrd EUR per Ende 2016 (nach Abspaltung der CESEE-Tochterbanken der UniCredit Bank Austria). Die aggregierte Bilanzsumme entsprach Ende des Jahres 2016 rund 271% des Bruttoinlandsprodukts von Österreich.

[Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE gestiegen](#)

Der Gewinn der österreichischen Tochterbanken in CESEE betrug im Jahr 2016 2,4 Mrd EUR und lag damit trotz des Wegfalls der Tochterbanken der UniCredit Bank Austria über dem Periodenergebnis des Vorjahres. Damit lieferte das CESEE-Geschäft weiterhin einen wichtigen Beitrag für den Gesamtgewinn des österreichischen Bankensystems. Zudem stützt das CESEE-Geschäft besonders das Nettozinsergebnis der österreichischen Banken, da die Zinsmargen in CESEE trotz der jüngsten Rückgänge weiterhin höher sind als in den westeuropäischen Ländern.

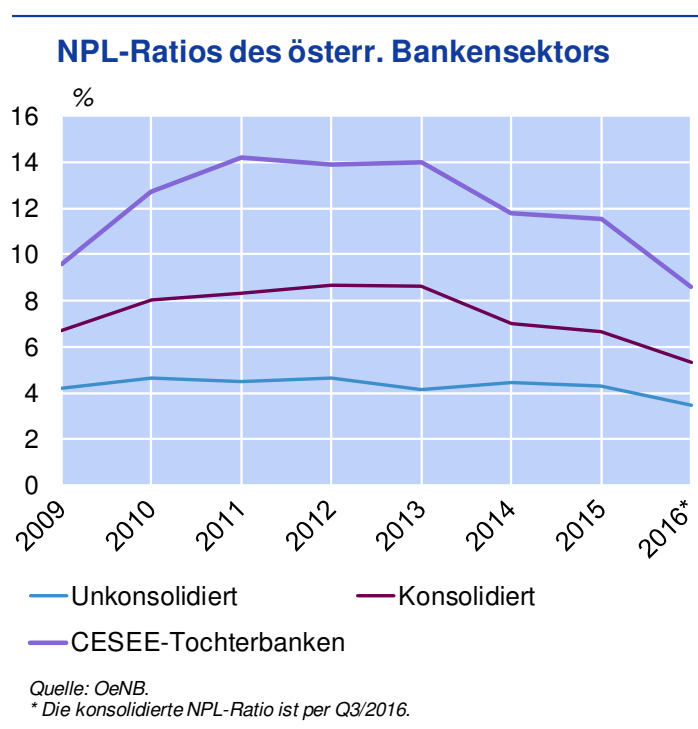
Die Restrukturierung der UniCredit Bank Austria hat im Jahr 2016 zu einer materiellen Reduktion des CESEE-Exposures der österreichischen Banken geführt; insgesamt verringerte sich die aggregierte Bilanzsumme der CESEE-Tochterbanken um 37%, wodurch in Zukunft auch das Gewinnpotenzial vermindert wird. Die höchsten Gewinne kamen im Jahr 2016 von den Tochterbanken in Tschechien, gefolgt von der Slowakei, Russland und Rumänien.

Das Nettozinsergebnis der CESEE-Tochterbanken ging bereinigt im Jahr 2016 um rund 6% zurück. Auch das Provisionsergebnis ging im Vergleich zum Vorjahr zurück. Auf der anderen Seite hat sich das Handelsergebnis deutlich erholt. Die gesamten Betriebserträge der CESEE-Tochterbanken fielen bereinigt im Jahr 2016 um rund 1%. Gleichzeitig reduzierten sich die Betriebsaufwendungen um 5%. Aus diesem Grund stieg das bereinigte Betriebsergebnis leicht (+3%). Unterstützt durch eine Verbesserung der Kreditqualität konnten die Dotierung der Kreditwertberichtigungen signifikant reduziert werden. Der Ausblick für die Profitabilität der Tochterbanken in der CESEE-Region bleibt aufgrund von wirtschaftlichen und politischen Fragestellungen jedoch mit Risiken behaftet, weshalb sich die österreichischen Banken verstärkt auf Märkte mit stabilem Wachstumspotential konzentrieren.

Kreditqualität hat sich weiter verbessert

Die europäischen Banken haben im Jahr 2016 die Bereinigung ihrer Bilanzen fortgesetzt. Dessen ungeachtet blieb die Kreditqualität im Vergleich zu früheren Perioden weiterhin schwach. Die aggregierte NPL-Ratio der EU-Banken lag im Dezember 2016 bei 5,1%, und die Coverage Ratio² ist im Durchschnitt leicht gestiegen, wenngleich der Unterschied zwischen einzelnen Ländern zum Teil sehr groß ist.³

Die konsolidierte NPL-Ratio der österreichischen Banken hat sich im dritten Quartal 2016 auf 5,3% verbessert. Das entsprach einem Rückgang um 132 Basispunkte im Vergleich zu Ende 2015, der allerdings vornehmlich auf die Restrukturierung der UniCredit Bank Austria zurückzuführen war. Insgesamt hat sich die Qualität von Unternehmenskrediten deutlich und bei jenen an private Haushalte leicht verbessert. Die Kreditqualität in Österreich (unkonsolidiert) hat sich weiter verbessert. Auch die NPL-Ratio der CESEE-Tochterbanken ist weiter gesunken und lag Ende 2016 bei 8,6%, wobei die Quote bei Fremdwährungskrediten deutlich höher lag als bei Krediten in lokaler Währung (13,5% versus



² Wertberichtigungen im Verhältnis zu den notleidenden Krediten (NPLs).

³ Quelle: EBA Risk Dashboard.

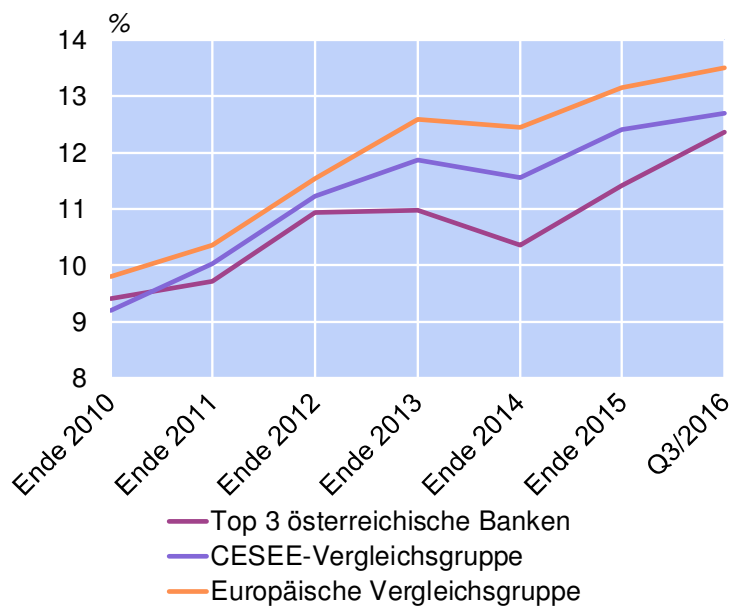
6,5%). Aus diesem Grund haben die Banken die Risikovorsorgen für notleidende Fremdwährungskredite in CESEE in den letzten Jahren deutlich erhöht (auf eine Coverage Ratio von 71% Ende 2016).

Auf Länderebene blieben die Differenzen im Jahr 2016 aufgrund unterschiedlicher makroökonomischer Entwicklungen zum Teil erheblich. Kreditqualitätskennzahlen in Tschechien und der Slowakei waren auf ähnlichem Niveau wie in Österreich (NPL-Ratios von 4%), während die NPL-Ratios in anderen Ländern (z.B. Serbien und Kroatien) trotz Verbesserungen mit 15% oder darüber weiterhin hoch sind. Hohe NPL-Ratios belasten die Profitabilität der Banken und binden Kapital, das dann nicht für die Neukreditvergabe zur Verfügung steht, weshalb hohe NPLs auch zu geringerem Wirtschaftswachstum führen können.

Kapitalausstattung der österreichischen Banken weiter ausgebaut

In den ersten drei Quartalen 2016 hat der österreichische Bankensektor u.a. aufgrund einbehaltener Gewinne seine konsolidierte Kapitalisierung deutlich verbessert: Die CET1-Ratio stieg um 71 Basispunkte auf 13,5%. Nachdem die Banken der europäischen und der CESEE-Vergleichsgruppe ihre Kapitalquoten weniger stark erhöhten, haben die Top 3 österreichischen Banken den Abstand zu diesen Gruppen substanziell reduziert.

CET1-Quoten im internationalen Vergleich



Quelle: OeNB, S&P Global Market Intelligence.

Lokale Refinanzierung der CESEE-Tochterbanken gestiegen

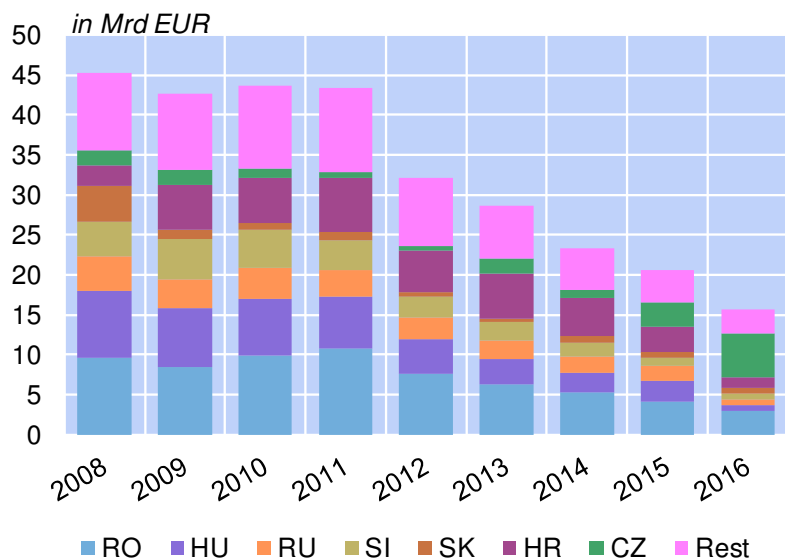
Das österreichische Nachhaltigkeitspaket der OeNB und FMA sieht die Überwachung des Verhältnisses von Krediten zur lokalen stabilen Refinanzierung (Loan-to-Local Stable Funding Ratio,

LLSFR) für die ausländischen Tochterbanken der drei größten österreichischen Bankengruppen vor.⁴ Mit dem Transfer der CESEE-Tochterbanken der UniCredit Bank Austria zu ihrer italienischen Mutterbank betrifft die Analyse

nun jedoch nur noch die Tochterbanken der Erste Group Bank und Raiffeisen Bank International. Dabei hatten Ende des dritten Quartals 2016 alle 23 beobachteten Tochterbanken ein Geschäftsmodell, das im Einklang mit der aufsichtlichen Leitlinie stand.

Ausgeglichenere LLSFRs führten auch zu einer substantiellen Reduktion der konzerninternen Bruttoliquiditätstransfers von österreichischen Banken (inklusive UniCredit Bank Austria) an CESEE-Kreditinstitute (-28 Mrd

Konzerninterne Liquiditätstransfers an CESEE-Kreditinstitute



EUR oder -64% von Ende 2011 bis Ende 2016), da diese durch lokale Refinanzierungsformen ersetzt wurden. Die größten Treiber dieser Entwicklung waren Transfers an Banken in Rumänien (-8 Mrd EUR), Ungarn und Kroatien (je -6 Mrd EUR) und die Ukraine (-4 Mrd EUR). Nur wenige Länder sahen einen Anstieg bei den konzerninternen Bruttoliquiditätstransfers, wobei die Situation bzgl. der Tschechischen Republik erwähnenswert ist: In diesem Fall stieg das entsprechende Volumen von weniger als 0,7 Mrd EUR in 2011 auf mehr als 5 Mrd EUR per Jahresende 2016.

Bestand an Immobilienkrediten zeichnet sich durch hohe Qualität aus

Die Preise für Wohnimmobilien sind bis zum Jahresende 2016 zwar weiter angestiegen, die Steigerungsraten sind zuletzt allerdings zurückgegangen. Wien, das in den letzten Jahren die stärksten Preisanstiege erlebte, verzeichnete im vierten Quartal 2016 ein verhaltenes Jahreswachstum in Höhe von 3,4%, während in Österreich ohne Wien die Preise um 5,2% im Jahresvergleich stiegen. Für Gesamtösterreich betrug das jährliche Wachstum 4,6%. Der Fundamentalpreisindikator der OeNB zeigte im vierten Quartal 2016 eine Überbewertung gegenüber dem Fundamentalpreis in Höhe von

⁴ Weiterführende Informationen zur „Aufsichtlichen Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken“ (2012) finden Sie unter: <https://oebn.at/Finanzmarktstabilitaet/Systemrisikoanalyse/Nachhaltigkeitspaket.html> (abgerufen am 18.4.2017).

6,0% für Österreich und für 19,8% für Wien. Das jährliche Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte hat sich im Jahr 2016 bei 5% eingependelt und betrug Ende 2016 4,8%. Die Kreditqualität des Bestands ist hoch, auch weil die Risikotragfähigkeit der Hypothekarkreditnehmer hoch ist, wie die Ergebnisse des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) nahelegen. Das FMSG hat sich auf Initiative der OeNB mit Maßnahmen zur Sicherstellung der nachhaltigen Kreditvergabe beschäftigt sowie sich für eine erhöhte Handlungsfähigkeit der makroprudenziellen Aufsicht im Falle systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung eingesetzt (siehe Kapitel „Tätigkeitsbericht“).

Fremdwährungskreditvolumen geht
weiter zurück

Ende 2016 machten Fremdwährungskredite (FWK) an inländische Nichtbanken 30 Mrd EUR aus, von denen rund 21 Mrd EUR an Haushalte und 4 Mrd EUR an nichtfinanzielle Unternehmen vergeben waren. Seit Oktober 2008, als die FMA die Empfehlung aussprach, dass Banken keine neuen FWK an Haushalte mehr vergeben sollten,⁶ sind FWK an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen um 63% gesunken (bis Dezember 2016, adjustiert um Wechselkurseffekte). Dementsprechend fiel auch der Anteil der FWK in Österreich stark: Im Dezember 2016 waren 9% aller Kredite an Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in einer ausländischen Währung denominated, mit dem Schweizer Franken als dominanter FWK-Währung für Haushalte (Anteil von 96%).

Im Juni 2016 waren in Österreich 17 Mrd EUR an FWK mit Tilgungsträgern ausständig (davon 96% in Schweizer Franken), während Tilgungsträgerkredite (TTK) in Euro eine untergeordnete Rolle spielten (3 Mrd EUR). Beide Werte sanken seit Ende 2008 um 44% respektive 45% (nicht-adjustiert um Wechselkurseffekte). Rund drei Viertel der FWK an Haushalte sind TTK, was bedeutet, dass der Kreditnehmer regelmäßige Einzahlungen in den Tilgungsträger vornimmt (üblicherweise eine Lebensversicherungspolize oder ein anderes Kapitalmarktprodukt), um den Kredit am Laufzeitende zurückzuzahlen. Dies impliziert, dass Kreditnehmer gegenüber zwei externen Risiken exponiert sind: Erstens, dass der Rückzahlungsbetrag am Laufzeitende aufgrund einer Fremdwährungsaufwertung ansteigt (Wechselkursrisiko) und zweitens, dass die ursprünglich angenommene Rendite des Tilgungsträgers nicht erreicht wird und der im Tilgungsträger angesparte Betrag nicht ausreicht, um die ausstehende Schuld zu tilgen (Renditerisiko). Beide Risiken können am Laufzeitende zu Deckungslücken zwischen dem Wert des Tilgungsträgers und dem ausstehenden Kreditvolumen führen.

⁵ Vgl. OeNB Financial Stability Report 32, S. 43ff

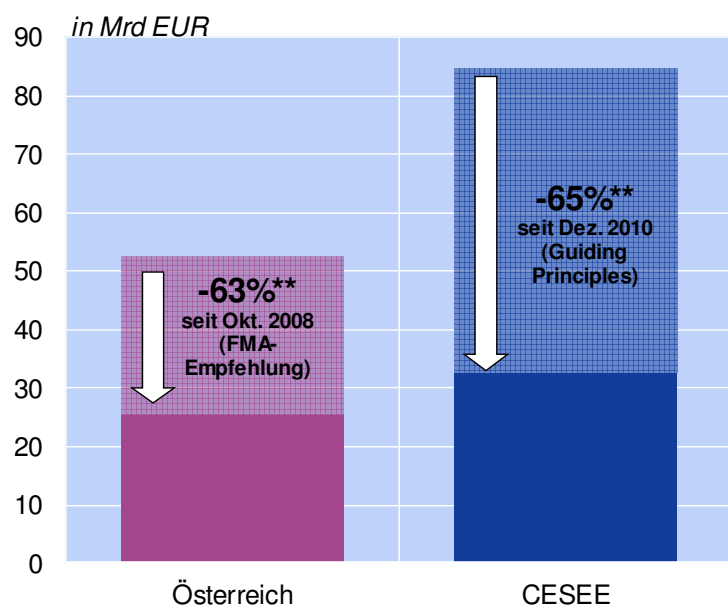
⁶ Weitere Informationen zu den „FMA-Mindeststandards zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern“ (2013) finden Sie unter <https://www.fma.gv.at/download.php?d=1397> (abgerufen am 18.4.2017).

Um die Entwicklung der TTK zu analysieren (insbesondere jene in Fremdwährung) und einen Überblick über die Deckungslücken zu gewinnen, hat die OeNB in Kooperation mit der FMA Mitte 2016 eine Umfrage bei einer repräsentativen Stichprobe österreichischer Banken durchgeführt.⁷ Die Ergebnisse zeigen, dass Ende 2015 die gesamte Deckungslücke bei rund 6,2 Mrd EUR stands und im Durchschnitt die Tilgungsträger der Kreditnehmer um 29% unterfinanziert waren. Aufgrund des Restlaufzeitenprofils der TTK ist aber noch Zeit, um diese Deckungslücken zu schließen, da mehr als 75% aller TTK eine Restlaufzeit von mehr als sieben Jahren aufweisen und ein großer Teil (35%) erst in 10 bis 15 Jahren ausläuft. Die Herausforderungen für die österreichischen Banken und ihre betroffenen Kunden bedeuten und sich sogar weiter ausweiten, falls sich abwärts gerichtete Risiken materialisieren (insbesondere adverse Finanzmarktentwicklungen und/oder eine Schweizer Franken-Aufwertung). Deshalb empfiehlt die OeNB den Banken bereits jetzt, gemeinsam mit Kreditnehmern deren Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Maßnahmen zur Adressierung der Deckungslücke anzustreben.

Bis Ende 2016 ist das FWK-Volumen der österreichischen Tochterbanken in CESEE im Jahresvergleich um mehr als die Hälfte auf 33 Mrd EUR gesunken (-53% adjustiert um

Wechselkurseffekte) und der Anteil der FWK an allen Krediten fiel von 38% auf 30%. Seit Ende 2010 fiel das FWK-Volumen wechselkursbereinigt um 65%. Der rasche und substanzielle Rückgang in 2016 ist hauptsächlich der Restrukturierung der UniCredit Group CESEE-Aktivitäten geschuldet, wobei die kontinuierlichen Anstrengungen der Banken und Aufseher der letzten Jahre, FWK in der Region zu reduzieren, ebenfalls Früchte trugen, da der wechselkursadjustierte Rückgang von Ende 2010 bis Ende 2016 für alle verbleibenden österreichischen Tochterbanken – d.h. exklusive jener der

Fremdwährungskredite österr. Banken in Österreich und CESEE*



Quelle: OeNB, per Dezember 2016.

* Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen.

** Die Prozentwerte beziehen sich auf währungsbereinigte Veränderungen des Fremdwahrungskreditvolumens.

⁷ Die Stichprobe deckt rund 90% der ausstehenden inländischen TTK ab. Ähnliche Umfragen fanden bereits 2009, 2011 und 2015 statt.

⁸ Dieser Wert ist volatil, da er von Wechselkursschwankungen und der Rendite der Tilgungsträger beeinflusst wird.

UniCredit Bank Austria – 39% betrug. Der Euro ist die dominante FWK-Währung: 72% aller FWK lauten auf Euro, 15% auf US Dollar und 12% auf Schweizer Franken, aber der Währungssplit ist im Ländervergleich heterogen. In Ungarn, Rumänien und Kroatien ist die große Mehrheit der FWK in Euro denominated, während Russland und die Ukraine einen hohen Anteil an FWK in US Dollar aufweisen. Das Leasingvolumen in Fremdwährung der österreichischen Tochterbanken in CESEE sank ebenfalls sehr deutlich (-72% im Jahresvergleich) und betrug rund 1,1 Mrd EUR zum Jahresende 2016. Trotz dieser substanziellen FWK-Rückgänge bleiben die Unsicherheiten in der Region aufgrund möglicher rechtlicher Initiativen zur Adressierung der verbleibenden FWK erhöht (z.B. in Polen) und könnten zu weiteren finanziellen Belastungen für österreichische Banken führen.

Entwicklung des Versicherungssektors

Rückgang der Prämien

Im österreichischen Versicherungssektor gingen die verrechneten Prämien im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 2,4% auf 16,9 Mrd EUR zurück. Innerhalb der Bilanzabteilung Leben, die in Summe einen spürbaren Prämienrückgang von 9,8% zu verzeichnen hatte, gingen die Prämien der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung um 8,2% zurück. Ihr Anteil an den gesamten Prämien der Bilanzabteilung Leben hat sich im abgelaufenen Jahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert von 21,9% auf 22,3% erhöht. Dagegen war in der konventionellen Lebensversicherung ein Rückgang der verrechneten Prämien in Höhe von 10,3% festzustellen. Der Anteil der Einmalprämien in der Lebensversicherung hat sich von 24,6% auf 17,7% vermindert; der starke Rückgang ist auf einen überdurchschnittlich hohen Abschluss von Verträgen mit Einmalerlägen im 1. Quartal 2015 zurückzuführen, der sich zu Jahresbeginn 2016 in dieser Form nicht wiederholte. Auch Lebensversicherungsprodukte ohne Zinsgarantie fanden im abgelaufenen Jahr regen Absatz, wodurch manche Unternehmen die Zinssensitivität ihres Geschäftsmodells etwas reduzieren konnten.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio. EUR	2014	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Schaden/Unfall	8.534	8.688	8.831	+1,6%
Leben	6.663	6.695	6.038	-9,8%
<i>hv. fonds- und indexgebunden</i>	<i>1.529</i>	<i>1.467</i>	<i>1.346</i>	<i>-8,2%</i>
Kranken	1.880	1.959	2.051	+4,7%
Gesamt	17.077	17.342	16.920	-2,4%

Quelle: FMA

Die Prämieinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung nahmen im abgelaufenen Jahr um 1,6% auf 8,8 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr zu. Auch das Prämienvolumen in der

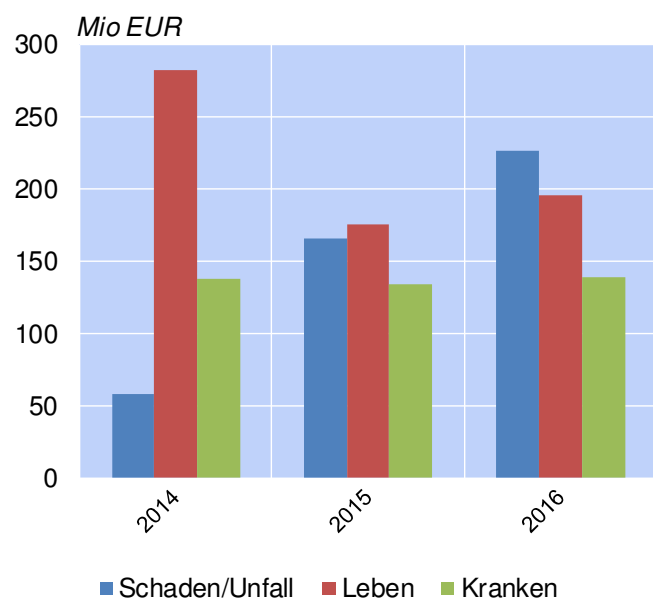
Krankenversicherung stieg um 4,7% auf 2,1 Mrd EUR. Beide Bilanzabteilungen verzeichneten somit ein Prämienwachstum, das betragsmäßig in etwa dem Trend der Vorjahre entspricht.

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im abgelaufenen Jahr auf 14,8 Mrd EUR; das entspricht einem Rückgang von 4,9% gegenüber dem Vorjahr. Das Ausbleiben größerer Naturkatastrophen resultierte in weitgehend unveränderten Aufwendungen für Schadensregulierungen für die Sparte der Schaden- und Unfallversicherung (-0,6%). In der Lebensversicherungssparte waren die Aufwendungen trotz eines neuerlich gestiegenen Rückkaufvolumens um 9,1% rückläufig, während sie in der Krankenversicherung um 3,3% zunahmen.

Versicherungstechnisches Ergebnis
deutlich verbessert

Im Jahr 2016 wiesen die österreichischen Versicherungsunternehmen ein versicherungstechnisches Ergebnis von 560 Mio EUR aus (+17,9% gegenüber dem Vorjahr). Während in der Schaden- und Unfallversicherung ein signifikanter Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu beobachten war (+35,8% auf 226 Mio EUR), fiel die Steigerung in der Lebensversicherung etwas niedriger aus: Das versicherungstechnische Ergebnis nahm hier um 11,8% zu, nachdem im Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen war.

Versicherungstechnisches Ergebnis



Quelle: FMA

Stabiles Finanzergebnis trotz
Niedrigzinsumfeld

Das Finanzergebnis – Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen – belief sich 2016 auf knapp 3,1 Mrd EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem leichten Rückgang in Höhe von 5,1%. Diese Saldobetrachtung ergibt sich aus nahezu unveränderten Kapitalerträgen (-0,2%) in Verbindung mit einer spürbaren Erhöhung in den Aufwendungen (+15,3%).

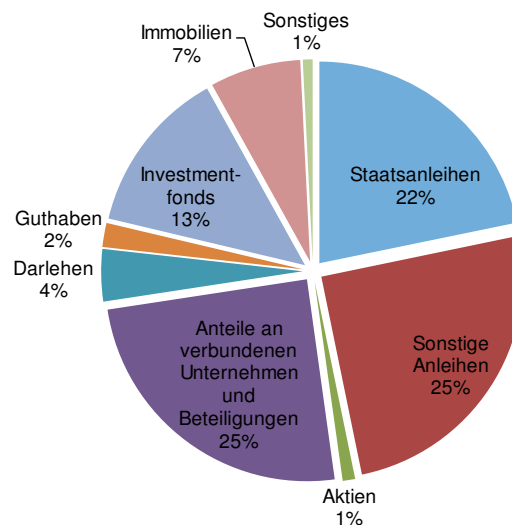
Mit der Einführung von Solvency II zum 01.01.2016 erfolgt die Bewertung der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen grundsätzlich zu Marktwerten, wodurch sowohl die Bilanzwerte als auch

die Eigenmittel eine höhere Volatilität aufweisen als unter dem alten Regime. Während unter Solvency I die Kapitalanlage mittels quantitativer Grenzen und zulässiger Vermögenswerte geregelt war, gilt unter Solvency II das Prinzip der Anlagefreiheit („Prudent person principle“). Das bedeutet, dass die Veranlagungsgrenzen nun von jedem Unternehmen selbst festzulegen sind.

Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen (ohne Veranlagungen der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung) wird durch Investments in Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 46,8% dominiert; diese teilen sich auf in 21,8% Staatsanleihen und 25,0% sonstige Anleihen. Auf den weiteren Plätzen folgen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit 24,8% und jene Investmentfonds, für die keine „Durchschau“ auf die zugrundeliegenden Wertpapiere erfolgt, mit 13,2%. In Immobilien waren 7,3% der Vermögenswerte investiert, wobei hier der Großteil auf direkt gehaltene Objekte entfällt.

Der deutliche Unterschied zwischen Marktwert- und der Buchwertbilanzierung nach UGB drückt sich in den stillen Reserven der Kapitalanlagen aus. Die Nettoreserven (ohne die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie die prämiengünstige Zukunftsvorsorge) haben sich per 31.12.2016 im Zwölfmonatsvergleich auf 22,8 Mrd EUR bzw. um 5,4% erhöht. 43,1% der stillen Reserven setzten sich im Dezember 2016 aus Aktien, Ergänzungs- und Partizipationskapital (inklusive Beteiligungen) zusammen. Auf Schuldverschreibungen entfielen zum Stichtag 26,4% der stillen Reserven, auf Immobilien 17,0%.

Vermögenswerte (ohne fonds- und indexgebundene LV)



Quelle: FMA, Daten per 31. Dez. 2016.

Anstieg des Ergebnisses der
gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich im abgelaufenen Jahr auf rund 1,4 Mrd EUR, was einem Zuwachs von 4,5% gegenüber 2015 entspricht. Der größte Beitrag (75,6%) resultiert dabei aus der Bilanzabteilung Schaden- und Unfallversicherung. Aus der Lebens- und der Krankenversicherung resultieren Beiträge in Höhe von 13,9% bzw. 10,5%.

Dabei zeigte sich in den Sparten eine durchwegs positive, wenngleich leicht heterogene Entwicklung des EGT: In der Schaden-/Unfallversicherung stieg das Ergebnis lediglich um 2,3%, in der Lebens- und in der Krankenversicherung hingegen um 12,9 bzw. 10,4%. Im Lebensversicherungssektor konnte somit der Trend der beiden Vorjahre mit sinkender Profitabilität zumindest leicht gedreht werden.

Niedrigzinsumfeld größtes Risiko bei Versicherungen

Die überaus niedrigen Kapitalmarktzinsen stellen unverändert das größte Risiko für den Versicherungssektor dar, insbesondere für Lebensversicherungen, die dem Versicherungsnehmer eine bestimmte jährliche Rendite garantieren. Die FMA hat auch im abgelaufenen Jahr Maßnahmen gesetzt, die die Risikotragfähigkeit des Lebensversicherungssektors stärken, darunter eine weitere Absenkung des höchstzulässigen Garantiezinssatzes von 1,0% auf 0,5% für nach dem 31.12.2016 abgeschlossene Neuverträge. Auch die im Jahr 2013 eingeführte Zinszusatzrückstellung stärkt mittelfristig die Eigenkapitalausstattung der Lebensversicherungsunternehmen.

Resultierend aus dem Niedrigzinsumfeld entstehen weitere Risiken wie die geringe Profitabilität der Versicherungsunternehmen sowie ein mögliches „search for yield“-Verhalten, wodurch die Risiken in der Veranlagung gesteigert werden, um die garantierten Renditen erwirtschaften zu können. Eine signifikante Veränderung der Veranlagungsstruktur österreichischer Versicherungsunternehmen, die auf diesen Effekt zurückgeführt werden könnte, ist bislang noch nicht festzustellen.

Durch die Einführung von Solvency II zum 01.01.2016, welches für Versicherungsunternehmen u.a. eine marktkonsistente Bewertung der Investments und ein risikobasiertes Eigenmittelerfordernis vorschreibt, stellt sich die Risikolage etwas verändert dar: Kursrückgänge an den Aktien- und Anleihenmärkten machen sich jetzt viel unmittelbarer in den Bilanzen und der Solvabilität der Versicherungsunternehmen bemerkbar. So haben sich auf der Investmentseite die Risiken aus der Eurokrise in den letzten beiden Jahren zwar reduziert, demgegenüber könnten Risiken aus einem Abschwächen der Weltkonjunktur sowie über die relativ hohen Bankenexposures den Versicherungssektor treffen.

Die im Dezember 2016 veröffentlichten Ergebnisse des EIOPA-Stresstests zeigen, dass die österreichischen Versicherungsunternehmen bei ihrer Kapitalrechnung im europäischen Vergleich konservativ vorgehen. Darüber hinaus bestätigen die Ergebnisse, dass das Niedrigzinsumfeld eine große Herausforderung für die Unternehmen darstellt und insbesondere Lebensversicherungen mit einem hohen Anteil an hoch verzinsten Altverträgen unter Stress stark Eigenmittel einbüßen würden.

Ziel des EIOPA-Stresstests war es, die Verwundbarkeiten der Versicherungsunternehmen anhand von zwei getesteten Szenarien zu analysieren. Dazu wurden europaweit die Auswirkungen eines „Double Hit“-Szenarios und eines Niedrigzinsszenarios auf Lebensversicherungen getestet. Im

„Double Hit“-Szenario wurden beide Bilanzseiten durch Verluste bei den Vermögenswerten und einen Rückgang der Zinssätze gestresst. Beim Niedrigzinsszenario wurde angenommen, dass die Zinskurve flacher verläuft als aktuell prognostiziert.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Performance der Pensionskassen im
langjährigen Schnitt

Im äußerst volatilen Kapitalmarktumfeld des Jahres 2016 zeigten sich Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen stabil. Bei den Pensionskassen errechnet sich eine durchschnittliche Jahresperformance von +4,2%, was im Rahmen der langfristig erzielten mittleren Performance liegt. Dabei konnten betriebliche Pensionskassen im Vergleich etwas bessere Performancezahlen aufweisen als die überbetrieblichen Einrichtungen (+5,1% versus +4,1%). Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg gegenüber Ende 2015 um 6,1% auf einen neuen Höchststand von 20,8 Mrd EUR. Veranlagt war das Vermögen zum Jahresende 2016 wie folgt: 40,2% entfielen auf Schuldverschreibungen, 32,7% auf Aktien, 13,9% auf Bankguthaben, 5,4% auf Immobilien und 7,1% auf sonstige Assets. Gegenüber dem Jahresende 2015 sank der Anteil der Anleihen um 6,5 Prozentpunkte, während der Aktienanteil um 3,2 Prozentpunkte anstieg. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg im abgelaufenen Jahr um 2,6% auf rund 903 Tausend.

Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen waren 2016 Wertzuwächse zu verzeichnen: Die durchschnittliche Performance belief sich auf +2,2%; das verwaltete Vermögen erhöhte sich auf 9,4 Mrd EUR (+13,4%). Anleihen und Darlehen machten zum Ende des vierten Quartals mit 83,2% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 11,8% in Aktien sowie 5,0% in Immobilien und sonstigen Vermögenswerten – im langfristigen Vergleich sind kleinere Umschichtungen aus den Anleihen in die etwas riskanteren Anlagekategorien beobachtbar.

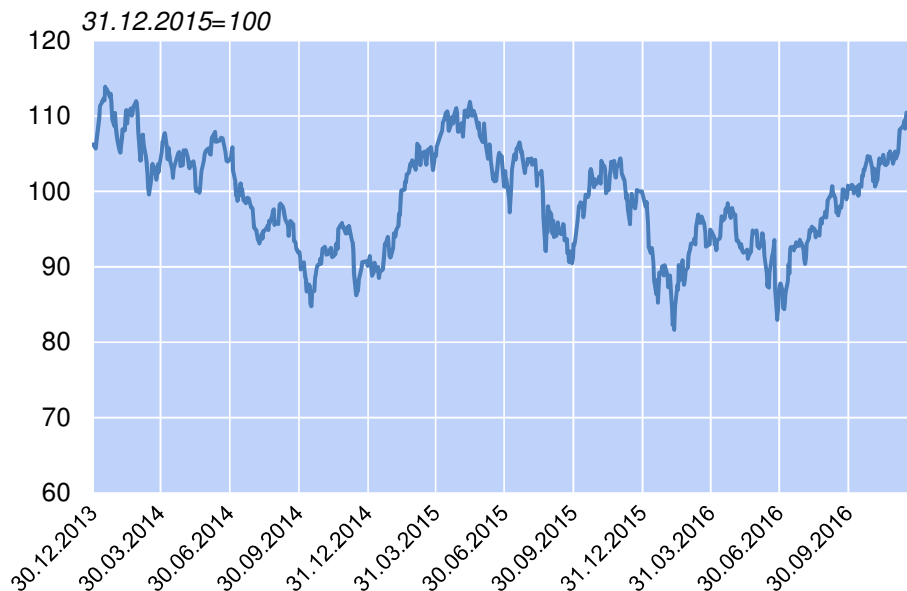
Entwicklung des Wertpapiersektors

ATX im Jahr 2016 mit positiver
Performance

Der österreichische Aktienmarkt beendete das Jahr 2016 nach einem recht volatilen Verlauf mit einer positiven Performance. Der Austrian Traded Index (ATX) stieg um 9,2% auf 2.618 Punkte, wobei die Kurssteigerungen hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte zu beobachten waren. Gleich zu Jahresbeginn standen die Aktienmärkte angesichts schwacher Konjunkturaussichten weltweit stark unter Druck, und auch zur Jahresmitte hin, unmittelbar nach dem Brexit-Referendum, lastete die Unsicherheit über die Folgen eines Austritts Großbritanniens aus der EU auf den Märkten. Im Vergleich mit anderen internationalen Aktienindizes entwickelte sich der ATX im Gegensatz zum

Vorjahr überdurchschnittlich gut: Der Deutsche Aktienindex (DAX) stieg im abgelaufenen Jahr nur um 6,9%, der europäische Stoxx 50 verlor 2,9%, und der US-amerikanische S&P 500 gewann 9,5% hinzu.

Entwicklung des ATX



Quelle: FMA

Die Marktkapitalisierung des equity.at-Segments der Wiener Börse erreichte per Jahresende 2016 93 Mrd EUR (dies entspricht rund 27% des Bruttoinlandsprodukts) und damit etwa 7 Mrd mehr als zum Jahresende 2015. Im Jahresverlauf etwas rückläufig entwickelten sich die Umsätze im Aktiensegment: Gemessen am Vorjahreswert sanken diese 2016 um 4,2% und beliefen sich, bei der üblichen Doppelzählung, auf 55,9 Mrd EUR.

Emissionstätigkeit neuerlich äußerst
verhalten

Die Emissionstätigkeit an der Wiener Börse fiel 2016 zum zweiten Mal in Folge unterdurchschnittlich aus. Im Aktiensegment⁹ wagte kein Unternehmen ein Initial Public Offering, und durch Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen wurde nur ein Betrag von 223 Mio EUR aufgebracht; dies lag nochmal um 121 Mio EUR unter dem bereits schwachen Wert des Vorjahres; seit über 15 Jahren ist dies nun neuerlich das niedrigste Emissionsvolumen.

Im Anleihensegment der Wiener Börse lag das Emissionsvolumen mit 53,9 Mrd EUR nur minimal unter dem Niveau des Vorjahres (-2,2%). Hiervon entfielen 16,8 Mrd EUR auf Anleihen von Finanzinstituten (-32,8% ggü. dem sehr emissionsstarken Vorjahr), 8,3 Mrd EUR auf sonstige

⁹ Nur geregelter Markt, inländische Emittenten

Unternehmensanleihen (+44,1%), 3,5 Mrd EUR auf Performance-linked Bonds (-8,1%) und 25,3 Mrd EUR auf Anleihen des öffentlichen Sektors (+23,1%).

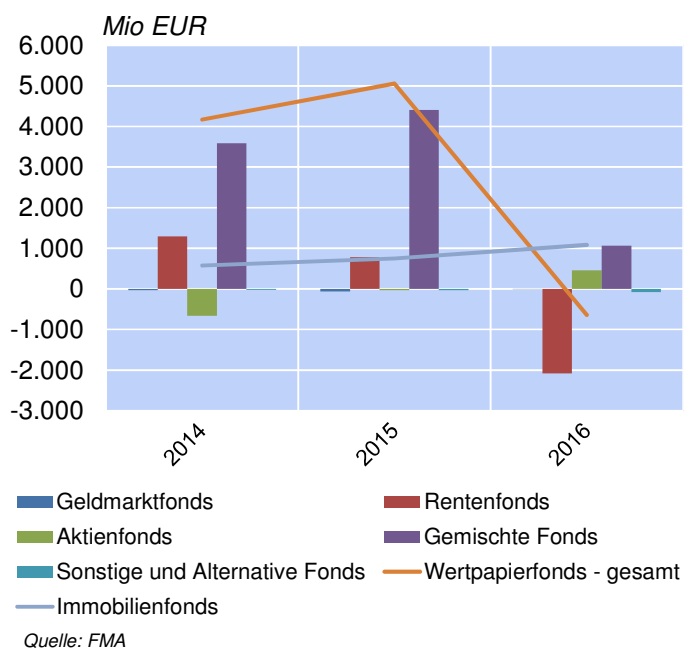
Leichte Nettomittelabflüsse bei
Investmentfonds

Der österreichische Investmentfondsmarkt musste im volatilen Marktumfeld des Jahres 2016 erstmals seit 2013 wieder leichte Nettomittelabflüsse in Höhe von 643 Mio EUR verzeichnen. Im Vorjahr waren den Fonds noch 5,1 Mrd EUR zugeflossen. Hervorzuheben ist die unverändert anhaltende Popularität der Mischfonds, die rund 1,1 Mrd EUR einsammeln konnten. Daneben konnten lediglich Aktienfonds positive Nettozuflüsse in Höhe von 459 Mio EUR verzeichnen, während bei Rentenfonds deutliche Abflüsse (-2,1 Mrd EUR) zu beobachten waren.

Das verwaltete Vermögen der österreichischen Investmentfonds¹⁰ belief sich zum Jahresende auf 167,1 Mrd EUR, was einer Steigerung im Jahresverlauf von 2,7% entspricht. Erstmals stellen Rentenfonds nicht mehr die größte Anlagekategorie dar: Auch bedingt durch die Nettomittelabflüsse liegen sie aktuell mit 42,1% (inkl. kurzfristig orientierte Rentenfonds) nun mehr hinter den Mischfonds (42,6%), als dritt wichtigste Kategorie folgen Aktienfonds mit großem Abstand (15,2%).

Immobilienfonds stehen auch weiterhin in der Gunst der Anleger und verzeichneten wie in den Vorjahren deutliche Mittelzuflüsse 1,1 Mrd EUR, was nochmals einer deutlichen Steigerung von 44,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das veranlagte Vermögen in dieser Fondskategorie stieg im Laufe des Jahres von 5,6 Mrd auf 6,7 Mrd EUR (+20,5%).

Nettomittelzuflüsse



¹⁰ Exklusive Alternative Investmentfonds, die nur nach dem AIFMG oder dem ImmoInvFG aufgelegt sind.

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2016 vier Sitzungen abgehalten. Die Sitzungen fanden am 12. Februar, 1. Juni, 23. September und 1. Dezember statt.

[Neue makroprudenzielle Instrumente](#)

Das FMSG beschäftigte sich angesichts der starken Immobilienpreisanstiege in Teilen Österreichs intensiv mit möglichen Risiken aus der Immobilienfinanzierung. Die Immobilien- und speziell die Wohnbaufinanzierung ist von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Eine nicht nachhaltige Hypothekarkreditvergabe in Verbindung mit einem Immobilienpreisboom führt in vielen Fällen zu höheren systemischen Risiken für die Finanzmarktstabilität. Während eine Überbewertung der Immobilienpreise vor allem in Wien festgestellt werden kann, konnte in Zeiten der stärksten Immobilienpreisanstiege in der Vergangenheit kein damit verbundenes übermäßiges Kreditwachstum beobachtet werden. Das systemische Risiko ist auch dadurch gemildert, dass die österreichischen Haushalte insgesamt relativ gering durch Hypothekarkredite verschuldet sind, weil der Anteil an Mietverhältnissen relativ hoch ist. Ein Strukturwandel angesichts des niedrigen Zinsumfeldes und der kontinuierlich steigenden Immobilienpreise, der mit einer nicht-nachhaltigen Kreditvergabe und einer Lockerung der Kreditvergabestandards einhergehen könnte, kann jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sieht das FMSG die präventive Erweiterung des makroprudenziellen Instrumentenkastens wie Begrenzungen der Beleihungsquote, der Verschuldungsquote oder der Schuldendienstquote bei Neuvergabe von Krediten als notwendig an, um bei einem mit systemischen Risiken behafteten Immobilienpreisboom handlungsfähig zu sein. Ein entsprechender Hinweis wurde dem Bundesminister für Finanzen im Anschluss an die 8. Sitzung zur Verfügung gestellt und auf der Homepage des Gremiums veröffentlicht.

[Kriterien zur nachhaltigen Kreditvergabe in der Immobilienfinanzierung](#)

Im Interesse der langfristigen Stabilität auf Kreditnehmer- und Kreditgeberseite veröffentlichte das FMSG Kriterien zur nachhaltigen Kreditvergabe in der Immobilienfinanzierung, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden und Spekulation von der Wohnimmobilienfinanzierung fernzuhalten. Langfristige Stabilität in der Wohnbaufinanzierung ist für ausreichenden und leistbaren Wohnbestand und entsprechende Investitionen essenziell und gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation von großem gesamtwirtschaftlichem Interesse. Für das FMSG spielen bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit von Hypothekarkrediten aus Banken- und Konsumentensicht – unabhängig vom Zins- und Immobilienzyklus – folgende Kriterien eine zentrale Rolle: Erstens ist wesentlich, dass in der Immobilienbewertung die Beleihungsquoten (Loan to Value/LTV Ratio) konservativ angesetzt werden, damit auch im Fall eines Immobilienpreistrückgangs eine Unterbesicherung des Kredits nicht eintritt bzw. kein Grund für eine Nachbestellung von Sicherheiten vorliegt. Es soll ein ausreichender Puffer für die allfällige Verwertung der

Immobilien sicherheiten zur Verfügung stehen. Zweitens sind die Verschuldungsquoten (Debt to Income/DTI Ratio) und die Schuldendienstquoten (Debt Service to Income/DSTI Ratio) der Haushalte bei der Kreditvergabe sowie im Risikomanagement zu berücksichtigen, sodass die Rückzahlungsfähigkeit der Haushalte auch unter Stressszenarien (z.B. temporärer Rückgang des Haushaltseinkommens, unerwartete Zahlungsverpflichtung) gewährleistet ist. Die Rückzahlungsfähigkeit der Haushalte muss zudem einem plausiblen Zinsschock – einem sprunghaften Anstieg der Kreditkosten - standhalten können. Drittens muss die Kreditbepreisung risikoadäquat erfolgen, also neben dem Schuldnerisiko auch anfallende Liquiditäts- und Kapitalkosten unter verschiedenen Szenarien abdecken.

Makroprudenzielle Maßnahmen sind
angesichts der Immobilienrisiken in
Österreich adäquat

Der ESRB (European Systemic Risk Board, Europäischer Ausschuss für Systemrisiken) hat am 28. November dieses Jahres eine Warnung zu mittelfristigen Risiken des Wohnimmobilienmarkts in Österreich und weiteren sieben EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht¹¹. Der ESRB sieht Verwundbarkeiten vor allem aufgrund von starken Anstiegen bei den Immobilienpreisen, robustem Immobilienkreditwachstum sowie dem Risiko der Verschlechterung von Kreditvergabestandards, während er dem Bankensektor ausreichende Risikotragfähigkeit bescheinigt. Das FMSG teilt die Einschätzung des ESRB nicht uneingeschränkt und erachtet die jüngst in Österreich gesetzten Maßnahmen angesichts des aktuellen Immobilienpreis- und Kreditzyklus als adäquat. Zu den Maßnahmen zählen die oben angeführte Initiative zur präventiven gesetzlichen Verankerung neuer makroprudenzieller Instrumente im Immobilienbereich sowie die Kommunikation zu den Kriterien für eine nachhaltige Immobilienkreditvergabe. Der ESRB vernachlässigte in seiner Analyse entscheidende Faktoren wie die im Euroraum-Vergleich geringe Hypothekarkreditverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und in Relation zur Kapitalausstattung der Banken, geringe Ausfalls- und Verlustquoten sowie die relativ große Bedeutung von sozialem Wohnbau und Miete (vor allem in Wien).

Antizyklischer Kapitalpuffer in Höhe von
0%

Der Antizyklische Kapitalpuffer soll das Bankensystem vor den Auswirkungen zyklischer systemischer Risiken schützen, die vor allem aus nicht nachhaltiger Kreditvergabe auf aggregierter Ebene entstehen können. Die Entwicklung des ausstehenden Kreditvolumens im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als wesentlicher Indikator sprach in den beiden vorangegangenen Jahren dagegen, einen derartigen Puffer zu empfehlen. Weitere Indikatoren unterstützen diese Einschätzung: Die Solidität der österreichischen Bankbilanzen gemessen an der

¹¹ <http://www.esrb.europa.eu/mppa/warnings/html/index.en.html> (abgerufen am 18.4.2017).

unkonsolidierten aggregierten Verschuldungsquote (Tier 1-Kapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) verläuft stabil. Zudem sind auf makroökonomischer Ebene keine Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zu erkennen. Daher empfahl das FMSG in allen Sitzungen des Jahres 2016, den Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva festzulegen. Diese Empfehlung wurde von der FMA in der Kapitalpufferverordnung umgesetzt.

Zinsänderungsrisiko für Kreditnehmer

Das Gremium hat festgestellt, dass variabel verzinsten Kredite bei der Kreditaufnahme eine hohe Bedeutung haben, auch wenn deren Anteil seit Mitte 2014 kontinuierlich zurückgeht. Angesichts des vorherrschenden Niedrigzinsumfeldes hat das Gremium darauf hingewiesen, dass Kreditnehmer bei Aufnahme eines variabel verzinsten Kredits sicherstellen sollten, dass die Bedienbarkeit des Kredits auch bei möglichen Erhöhungen des Zinsniveaus gewährleistet ist.

Risiken aus der Hebelfinanzierung durch Alternative Investment Fonds

Aus Sicht des Gremiums stellte die Nutzung von Hebelfinanzierungen durch Alternative Investment Fonds (AIF) per Ende 2015 kein systemisches Risiko für das österreichische Finanzsystem dar. Nur sehr wenige weisen überhaupt einen beträchtlichen Hebel auf, mit dem ein Manager eines AIF das Risiko eines von ihm verwalteten AIF durch Kreditaufnahme, Wertpapierleihe, Einbettung in Derivate oder auf andere Weise erhöht. Kategorien von AIF sind insbesondere Hedgefonds, Private Equity Fonds, Immobilienfonds, Spezialfonds und Dachfonds. Ende 2015 betrug das Nettovermögen aller AIF knapp 90 Mrd EUR.

Evaluierung der Zwischenziele der makroprudenziellen Aufsicht

Im Rahmen seiner makroprudenziellen Strategie hat das FMSG in seiner 6. Sitzung am 26. November 2015 Zwischenziele für die makroprudenzielle Aufsicht definiert. In der in der Strategie festgehaltenen jährlichen Evaluierung der Zwischenziele sowie der Effektivität der gesetzten Maßnahmen ist das Gremium in der 10. Sitzung zum Schluss gekommen, dass keine Änderung der Zwischenziele notwendig ist und die bisherigen Maßnahmen zur Erreichung eben dieser beitragen. Beispielfähig können die Verhängung des Systemrisikopuffers und des Systemrelevante Institute-Puffers sowie die aktuellen Arbeiten rund um mögliche Systemrisiken aus der Immobilienfinanzierung angeführt werden. Der ESRB hat die Strategie der österreichischen makroprudenziellen Aufsicht im Rahmen der Evaluierung seiner Empfehlung zu Zwischenzielen und makroprudenziellen Instrumenten als „fully compliant“ bewertet¹².

¹² http://www.esrb.europa.eu/pub/pdf/recommendations/2017/esrbrecommendation_ESRB_2013_1.en.pdf (abgerufen am 18.4.2017).

Im ersten Quartal 2015 ist die Homepage des FMSG unter www.fmsg.at online geschaltet worden. Auf der Homepage werden die Presseaussendungen, Risikohinweise und Empfehlungen des FMSG, die Jahresberichte, die Strategie und weitere Hintergrundinformationen zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich veröffentlicht. Damit soll der Informationsstand der Öffentlichkeit zum Thema makroprudenzielle Aufsicht verbessert und auch die Rechenschaftspflicht des Gremiums, das im öffentlichen Auftrag handelt, gegenüber derselben erfüllt werden.

Ausblick

Im Jahr 2017 ist die Evaluierung des Systemrisikopuffers vorgesehen. Die Entwicklung der Risiken aus der Immobilienfinanzierung und mögliche Instrumente zu deren Mitigierung werden weiterhin zentraler Bestandteil der Arbeit des Gremiums sein. Regelmäßig auf der Agenda wird die Analyse zyklischer Systemrisiken stehen, die im Rahmen des Antizyklischen Kapitalpuffers verpflichtend vorgesehen ist.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß §13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender

Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer (Fiskalrat),

Mag. Andreas Ittner (OeNB),

Mag. Klaus Kumpfmüller (FMA),

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder

Mag. Helmut Ettl (FMA),

Mag. Karin Fischer (BMF),

Dkfm. Dr. Edith Kitzmantel (Fiskalrat),

Mag. Philip Reading (OeNB),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen.